



# REPORT

## Online-Extremismus und der Gaza-Israel- Konflikt 2021

Konflikt zwischen Israel und Palästina  
für antisemitische Hetze instrumentali-  
siert

Juni 2021

Der jüngste Israel-Palästina-Konflikt hat, wie schon in der Vergangenheit, zu vermehrt antisemitischen Beiträgen in den sozialen Medien geführt. Sowohl aus dem rechtsextremen als auch dem islamistischen Spektrum werden die Attacken instrumentalisiert, um Jüdinnen und Juden zu verunglimpfen und verschwörungstheoretische Narrative zu verbreiten. Genutzt werden auch drastische Darstellungen von Verletzten, Verstümmelten und Toten, um Wut zu erzeugen und diese dann in extremistische Propaganda zu kanalisieren. jugendschutz.net hat untersucht, inwieweit Inhalte gegen den Kinder- und Jugendmedienschutz verstoßen.

## Alte antisemitische Hassbilder

Der Nahostkonflikt ist sowohl in rechtsextremen wie islamistischen Angeboten ohnehin ein wiederkehrendes Thema bzw. Motiv der Propaganda und der antisemitischen Hetze.

Wie schon bei der Eskalation des Nahostkonflikts in 2014 konnte jugendschutz.net auch im Mai 2021 eine Vielzahl von entsprechenden Inhalten beobachten. Dabei wird vor allem die aktuelle Auseinandersetzung genutzt, um bekannte israelbezogene antisemitische Narrative oder Verschwörungsmymen zu aktualisieren. So werden die israelischen Vergeltungsluftschläge mit dem antisemitischen Hass-Mythos der weltweiten jüdischen Kriegstreiberei verknüpft.



Hassbild auf Telegram: „Der Jude“ als Kriegstreiber. (Quelle: Telegram; Original unverpixelt)

## Rechtsextreme Holocaust-Relativierung, Israel als NS-Staat

Im Bereich Rechtsextremismus lässt sich wiederholt beobachten, dass Jüdinnen und Juden weltweit für das Handeln Israels verantwortlich gemacht werden. Gleichzeitig wird der Staat Israel als „Terrorstaat“ diffamiert, bisweilen sogar in Kommentaren, aber in Sharepics explizit oder implizit mit NS-Deutschland verglichen. Die Siedlungspolitik, vor allem aber die Militäraktionen Israels werden dabei mit der Verfolgung jüdischen Menschen im „Dritten Reich“ und der Shoa gleichgesetzt, mit Palästinenser:innen als Opfer. Im Kontext rechtsextremer Weltanschauung ist dies nicht zuletzt als Versuch zu sehen, den Holocaust zu relativieren oder umzudeuten, wenn nicht sogar zu rechtfertigen, insofern Jüdinnen und Juden pauschal zu einem massenmörderischen Tätervolk erklärt werden.



Extreme Relativierungen: Israelische Soldaten als Wehrmachtssoldaten, Israels Palästina-Politik als neuer Holocaust. (Quelle: Instagram, Twitter; Original unverpixelt)

Rechtsextreme verbreiten in diesem Zusammenhang drastische (vermeintliche) Darstellungen von gewalttätigen Übergriffen gegen Palästinenser:innen oder verstümmelten Opfern auf palästinensischer Seite, um Wut und Abscheu gegen Israel zu erzeugen oder zu steigern. Dabei stammt das Bildmaterial bisweilen aus anderen Konfliktregionen wie u.a. Syrien oder Jemen. Auch werden die Konfliktopfer auf israelischer Seite verschwiegen. Darstellungen toter Kinder und um sie trauernder Mütter oder Parolen wie „Kindermörder Israel“ schließen an den jahrhundertealten antisemitischen Schreckensmythos vom jüdischen Kinder-Ritualmord an.

## Vermeintlicher „Krieg gegen Muslime“ und Black-Lives-Matter-Vergleiche

Auch Islamist:innen verbreiten zur Konflikteskalation im Nahen Osten bekannte antisemitisch-antijudaistische Erzählungen und Motive: Vereinfachte Freund-Feind- bzw. Gut-Böse- und Täter-Opfer-Einteilungen. Dabei inszenieren sie sich als „die wahren Verteidiger“ einer vermeintlich globalen, homogenen und bedrohten muslimischen Gemeinschaft. Der primär nationalistische Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser:innen wird im Einklang mit der radikalislamistischen Weltanschauung zu einem religiösen Krieg, der aus ihrer Sicht weltweit gegen Muslime geführt wird.

Unter Hashtags wie #GazaUnderAttack, #KindermörderIsrael, #FromTheRiverToTheSea, #Free-Palästina wurden vermehrt Hasskommentare verbreitet. Doch auch der Anschluss an zeitgeschichtliche Ereignisse werden gesucht, um ein zur Weltanschauung passendes Framing zu etablieren. Über #PLM oder #PalestinianLivesMatter sowie mittels Karikaturen oder Fotomontagen versuchen Islamist:innen, den Nahostkonflikt mit dem antischarzen Rassismus in den USA und den damit verbundenen Protesten nach dem Tod von George Floyd 2020 in Verbindung zu bringen. Palästinenser:innen oder die Hamas werden so mit schwar-

zen Menschen bzw. der Black-Lives-Matter-Bewegung gleichgesetzt, israelische Soldaten mit (in dem Kontext rassistischen, mörderischen) US-Polizisten.



(Rassistische) Polizeigewalt gegen Schwarze in den USA wird mit israelischem Militäreinsatz gleichgesetzt. (Quelle: Instagram, Original unverpixelt)

Auf diese Weise wird nicht nur versucht, eine militante islamistische Gruppierung und deren Raketenangriffe zu verharmlosen sowie an die weltweite Solidarität und die Sympathien für das antirassistische und bürgerrechtliche Engagement in den USA anzudocken: Es wird der internationalen Politik und Öffentlichkeit Doppelmoral vorgeworfen. Während sie tödliche Polizeigewalt gegen Schwarze anklagen, würde das staatliche Vorgehen Israels übersehen oder ignoriert.

Bei aller möglichen Kritik an der Politik der israelischen Regierung oder der Empörung über die Angriffe auf palästinensische und arabische Menschen durch radikale Jüdinnen und Juden: Zu Gunsten eines überzogenen Vergleichs werden fundamentale Unterschiede zwischen den beiden Konflikten, ihren Kontexten und den beteiligten Akteuren ausgeblendet.



Vorwurf der Doppelmoral und der Voreingenommenheit. (Quelle: Twitter)

Explizite Gewaltbilder, z.B. Aufnahmen von toten Kindern, werden in diesem Zusammenhang verbreitet. Auf Twitter etwa posteten offensichtlich oder vorgeblich erregte User:innen derartige drastische Fotos als Beweise für die Unmenschlichkeit der israelischen Luftschläge. Sie tun dies als Antworten auf Kommentare hin oder in Diskussionen zum Thema Nahostlage und Israel, um schnell und bewusst zu eskalieren. Kinder und Jugendliche können so, bis diese Bilder von den Diensten gelöscht werden, unvermittelt mit extremen, verstörenden Darstellungen konfrontiert werden.

<sup>1</sup> Zum Eskalationsverhältnis zwischen antimuslimischen Rassismus und islamitischer Online-Propaganda allgemein siehe den [entsprechenden jugendschutz.net-Report](#) (Februar 2021).

Weiterhin war vereinzelt zu beobachten, wie sich abwertende und feindselige Äußerungen einander bedingen und provozieren. So fanden sich in Folge antisemitischer Parolen auf Pro-Palästina-Demonstrationen wie in Essen am 15. Mai 2021 wiederum antimuslimische Anfeindungen in Sozialen Medien.<sup>1</sup>

## Volksverhetzung häufigste Art des Jugendmedienschutz-Verstoßes

Trotz dieser und anderer, verhetzender Botschaften: Der Großteil der von jugendschutz.net im Zuge der jüngsten Gaza-Israel-Konfliktgeschehen gerichteten Inhalte blieb unterhalb der Schwelle zum jugendmedienschutzrechtlichen Verstoß. Dies auch, wenn sie israelbezogene antisemitische Gedankengut verbreiteten.

Gegen die aufgefundenen Verstöße wurden entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Es handelte sich dabei überwiegend um Fälle von Volksverhetzung, vereinzelt um Holocaust-Leugnung und Gewaltdarstellungen bzw. Verletzungen der Menschenwürde. Trotz der angeheizten Lage gingen nicht signifikant mehr Hinweise auf antisemitische Online-Hetze bei jugendschutz.net ein.

## Weiterführende Informationen



[www.jugendschutz.net](http://www.jugendschutz.net)

## Meldemöglichkeiten



[www.jugendschutz.net/hotline](http://www.jugendschutz.net/hotline)

## Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen mit Medien ermöglichen

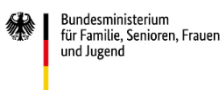
jugendschutz.net fungiert als das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie wirkt darauf hin, dass Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen beseitigt und Angebote so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien der Länder haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Stelle ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

jugendschutz.net nimmt über seine Online-Beschwerdestelle Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen. Verstöße im Netz können gemeldet werden unter:

[www.jugendschutz.net/hotline](http://www.jugendschutz.net/hotline)

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

**Kontakt**  
jugendschutz.net  
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

**Inhaltlich verantwortlich**  
Stefan Glaser  
Bahnhofstraße 8a, 55116 Mainz

**JUGEND**  
SCHUTZ.NET